

# Dokumentation der Auftaktveranstaltung des Bildungsbüros

31.01.2017 – Kanzlerpalais Fulda



Landkreis Fulda  
DER KREISAUSSCHUSS  
Volkshochschule - Bildungsbüro  
36043 Fulda, Gallasiniring 30

Telefon (06 61) 60 06 16 52  
Telefax (06 61) 60 06 16 30  
[bildungsbuero@landkreis-fulda.de](mailto:bildungsbuero@landkreis-fulda.de)  
[www.bildungsbuero-fulda.de](http://www.bildungsbuero-fulda.de)

## Bildung gemeinsam gestalten

### – das Bildungsbüro für die Region Fulda stellte sich der Fachöffentlichkeit vor

Seit 01.09.2016 gibt es das neue Bildungsbüro für die Region Fulda. Die Mitarbeitenden bemühen sich in den nächsten Jahren um mehr Transparenz in Sachen Bildung, eine verbesserte Vernetzung der lokalen Bildungsakteure und eine Datenbasierung in Bildungsentscheidungen.

Im Forum des Kanzlerpalais fand am 31.01.2017 die Auftaktveranstaltung statt, bei welcher das Bildungsbüro seine Arbeit einer Fachöffentlichkeit von rund 120 Akteuren vorstellte. Nach einer musikalischen Eröffnung durch ein Saxophonquartett sprach Michael Friedrich, Sprecher des Fachbereichs Bildung, Jugend, Familie, Sport beim Kreisausschuss des Landkreises Fulda ein Grußwort zum Thema „Bildung gemeinsam gestalten“. Mit einem kurzen Ausblick auf die zentralen Fragestellungen, mit denen sich die



Bildnachweis: Medienkontor Fulda

Bildungsregion Fulda angesichts der aktuellen Flüchtlingssituation, des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels konfrontiert sehe, stimmte Friedrich auf den Abend ein. Für ihn wären ein gemeinsames Verständnis von einem Bildungsbegriff und eine institutionsübergreifend diskutierte Bildungsstrategie der Schlüssel. Dabei gehe es unter anderem darum, Bildungskonzepte zu entwickeln, die die Bildungsbiographie



Bildnachweis: Medienkontor Fulda

der Lernenden entlang des Lebenslaufes stärker berücksichtigten. Von der frühkindlichen Bildung, der schulischen Grundbildung, dem Übergang von Schule zum Beruf, der Erwachsenen- und Weiterbildung bis hin zur informellen oder kulturellen Bildung gelte es, Bildungszugänge für alle Menschen zu verbessern.

Mit diesen Gedanken habe der Landkreis Fulda das Bildungsbüro ins Leben gerufen. Dieses solle in den kommenden Jahren dazu beitragen, ein Verständnis von der gemeinsamen Verantwortlichkeit für das Thema Bildung zu fördern. Wichtiges Kernelement sei dabei das Bildungsmonitoring: Denn Daten sind meist das Fundament für rationales Handeln und beeinflussten auch politische Entscheidungen.

Das neue Bildungsbüro setze auf Kooperation und Partizipation sowie auf die Bereitschaft Neues zu wagen. Dabei hob Friedrich die Arbeit der bereits bestehenden Netzwerke und Initiativen im Bildungsbereich als ausdrückliche Stärke der Region hervor, die es einzubeziehen gelte. Denn Bildung könne nur als Gemeinschaftsaufgabe begriffen und zum Wohle aller entwickelt werden.



Bildnachweis: Medienkontor Fulda

Im Anschluss an das Grußwort stellte das Team des Bildungsbüros die Arbeitsbereiche von Bildungsmanagement, Bildungsmonitoring und Bildungskoordination für Neuzugewanderte vor. Matthias Feuerstein, Bildungsmanager des Landkreises Fulda, skizzierte sein Tun im Wesentlichen mit den Schlagworten Steuerung, Strategieentwicklung und Netzwerkarbeit. In den vergangenen Monaten habe man intensiv daran gearbeitet, eine Idee von einem Bildungsbüro zu entwickeln und diese zu kommunizieren. Man wolle an der

Entwicklung einer gemeinsamen Bildungsstrategie für die Region mitwirken, die Entwicklungsbedarfe aufzeige und „Best Practice“ Beispiele in die Breite trage. Dabei sei die Beschreibung der Ausgangslage von Bildung in der Region bedeutsam. So sollen zukünftig durch die Datenbasierung, die im Bildungsbereich politisch aktiven sowie fachlichen Akteure von Stadt und Landkreis in der Weiterentwicklung und Steuerung der hiesigen Bildungslandschaft Unterstützung finden. Feuerstein ist auch der institutionsübergreifende Austausch mit den Fachleuten über Bildungsthemen, die für die Situation vor Ort eine Relevanz haben, wichtig. Daneben stehe die niedrigschwellige Informationsaufbereitung der Bildungsangebote im Fokus, um damit möglichst vielen Bevölkerungsteilen Zugangsmöglichkeiten zu eröffnen. Das Bildungsbüro verstehe sich dabei weder als Konkurrenz noch als Korrektiv zu bestehenden und für die Region so wertvollen Initiativen und Netzwerken. Außerdem sei es vermessen zu glauben, dass das Bildungsbüro allein im Feld Bildung irgendetwas bewegen könne oder zwingend Expertenwissen für alle Facetten bereithalte. Vielmehr verstehe sich das Bildungsbüro als Partner, Impulsgeber und Dienstleister zur gemeinsamen Arbeit an Bildung als Standortfaktor und Kernelement für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Im Anschluss daran stellte Meike Mück den Bereich Bildungsmonitoring genauer vor. Zunächst sollten die in der Region vorhandenen Bildungsdaten entlang des Lebenslaufs eines Menschen gesammelt werden. Von der frühkindlichen, über die schulische Bildung bis hin zur Aus- und Weiterbildung



Bildnachweis: Medienkontor Fulda

gebe es eine ganze Reihe von Kennzahlen, die für das Monitoring von Interesse wären. Die gewonnenen Daten würden aufbereitet und analysiert werden, sofern sie für eine Weiterentwicklung der Bildungslandschaft nützlich erscheinen. Eine spezielle Software diene hierzu als Unterstützung. Ein großes Ziel der Arbeit sei die Herausgabe eines Bildungsberichts, der die Bildungslage der Region und der hier lebenden Bevölkerung darzustellen vermag. Das Bildungsmonitoring wolle sich daneben als Dienstleister für regionale Fragestellungen im Bildungsbereich etablieren.



Bildnachweis: Medienkontor Fulda

Daran anknüpfend stellte Frau Khulud Sharif-Ali den Bereich der Bildungskoordination für Neuzugewanderte vor. Man wolle durch den Aufbau einer Koordinierungsstelle zentraler Ansprechpartner für alle Bildungsfragen von Neuzugewanderten sein. Für die Zielgruppe der neuzugewanderten und geflüchteten Menschen bestehe nach einer ersten Phase der Unterbringung und Versorgung der Bedarf, die gesellschaftliche Integration durch Bildung aktiv zu unterstützen. Um diese Aufgabe im Landkreis möglichst

effektiv und transparent zu gestalten, sei es notwendig, alle beteiligten Akteure an einen Tisch zu bringen. Auch gebe es oft zu wenige Daten über die Bildungssysteme der Länder, aus denen die Menschen kommen. Zusammen mit dem Bildungsmonitoring gelte es fachbereichsübergreifend einen validen IST-Zustand zur Bildungslage von Neuzugewanderten zu ermitteln. Daneben spiele die Frage der Bildungsbeteiligung von geflüchteten Frauen eine wichtige Rolle sowie auch Veranstaltungsformate zum interkulturellen Dialog. Themen, Probleme und Spannungsfelder gebe es genug. Man wolle auch für die Gruppe der Neuzugewanderten Bildungs- und Chancengerechtigkeit, aktive Teilhabe und Partizipation am gesellschaftlichen Zusammenleben fördern.

Carolin Seelmann sprach ein Grußwort im Namen der Transferinitiative für Kommunales Bildungsmanagement Hessen unter dem Titel „Für eine Bildungslandschaft von morgen“. Sie skizzierte die Rolle der Transferagenturen, die für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die



Bildnachweis: Medienkontor Fulda

Konzepte kommunalen Bildungsmanagements allen interessierten Kommunen zur Verfügung stellten. Dabei



übernehme die Agentur unterschiedliche Aufgaben, wie beispielsweise die Beratung und Unterstützung, Bedarfsanalyse und Qualifizierung der Fachkräfte. Durch die Transferinitiative könne die Region Fulda sich mit anderen hessischen Kommunen gemeinsam auf den Weg zu einer Bildungslandschaft von morgen machen. Seelmann skizzierte die Notwendigkeit und die Chancen, die in einer engeren Zusammenarbeit für alle beteiligten Akteure des Bildungsbereichs lägen und verlieh der Vorfreude auf die gemeinsame Zusammenarbeit Ausdruck.

Höhepunkt des Abends bildete ein Fachvortrag von Prof. Dr. Martina Ritter, Dekanin im Fachbereich Sozialwesen an der Hochschule Fulda und Soziologin unter dem Titel „Bildung ermöglicht Teilhabe: für eine Demokratie mit Zukunft!“, welcher im Anschluss dem Wortlaut nach Veröffentlichung findet. Die Auftaktveranstaltung des Bildungsbüros schloss mit einem angeregten Austausch der beteiligten Bildungsakteure bei Getränken und Snacks, bei welchem neue Kontakte geknüpft werden konnten und zukünftige Handlungsfelder erörtert wurden.

**Hochschule Fulda**  
*University of Applied Sciences*



### **Bildung ermöglicht Teilhabe – für eine Demokratie mit Zukunft!**

Prof. Dr. habil. Martina Ritter, Fachbereich Sozialwesen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass ich hier in diesem zukunftsweisenden Rahmen in Sachen Bildung einen Vortrag zu dem Thema Bildung – Teilhabe und Demokratie halten darf. Vielen Dank für die Einladung!

Bei der Vorbereitung des Vortrages habe ich am Längsten über den Beginn nachgedacht und mich gefragt, womit ich anfangen soll: mit meinem Schrecken über die Wahl von Donald Trump in den USA und die Methoden, mit denen er sie gewonnen hat? Oder mit meinem Schrecken über die Befürchtung, dass Marine LePen Präsidentin von Frankreich werden könnte? Oder mein Schrecken über die Entwicklungen mit der Partei AfD und den entsprechenden rechtspopulistischen Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland?

Dabei geht es mir nicht um die politische Position im Sinne konservativ, sozialdemokratisch, links, rechts, grün oder liberal oder die Mitte oder um konkrete politische Positionen in Sachfragen – sondern es geht mir darum, dass diese Personen, Parteien und Bewegungen im Wesentlichen mit antidemokratischen, rassistischen,

undifferenzierten und vorteilvollen, realitätsverleugnenden Thesen und nachweislich unwahren Behauptungen ihre Anhänger gewinnen und halten.

Oder – so war meine Frage, womit fange ich an - sollte ich anfangen mit der schönen Überlegung zu Bildung, lebenslangem Lernen und gelingender Partizipation, wie wir uns das in spätmodernen Demokratien gerne ausmalen und wünschen?

Da ich hier vor Fachleuten in Sachen Bildungsinstitutionen und Bildungskonzepte spreche, werde ich nicht versuchen, hierzu Ihre Kompetenzen zu toppen. Ich habe mir also vorgenommen in diesem Vortrag anlässlich der Einrichtung eines Bildungsbüros, den Zusammenhang von Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in den Vordergrund zu stellen und dies mit der Frage nach dem Erhalt von Demokratien zu verbinden und die Rolle von Bildungsprozessen dabei zu thematisieren.



Bildnachweis: Medienkontor Fulda

Ich fange mit dem Schrecken an – wir müssen daraus lernen!

Mit Trump und AfD erleben wir einen außerordentlich spannenden Prozess: allgemein lauten die Diagnosen, dass sich die Wähler von Trump und die Anhänger der AfD in vielerlei Aspekten gleichen, sich aber auch durchaus auch unterscheiden. Sie tun dies im Wesentlichen in der sozioökonomischen Herkunft: die Trump-Wähler sind mehrheitlich weiße Amerikaner, die aus der Arbeiterschicht kommen, männlich sind und von Arbeitslosigkeit bedroht oder bereits erfasst sind. Bei AfD handelt es sich um Anhänger oder Wähler aus allen Schichten der Bundesrepublik Deutschland, vor allem aber um Männer aus unteren bis mittleren Mittelschicht, es handelt sich also um gesellschaftliche Gruppen, die sich vom Verlust ihres ökonomischen und sozialen Status bedroht sehen.

Mir kommt es allerdings hier auf das Gemeinsame bei diesen Unterstützern, auf die ähnlichen Aspekte hinsichtlich der Motive und Einstellungen an:

#### 1. Alternative Wahrheiten und die Lügenpresse: Unsicherheit, Neid und Kränkung

a) Ich möchte anknüpfen an den Erfahrungen der Menschen, die sie bisher geäußert haben: Sie fühlen sich abgehängt vom gesellschaftlichen Entwicklungsprozess, sie fühlen sich Prozessen wie Globalisierung und Internationalisierung weitgehend machtlos ausgeliefert. Sie haben das Gefühl, dass die Politik ihre

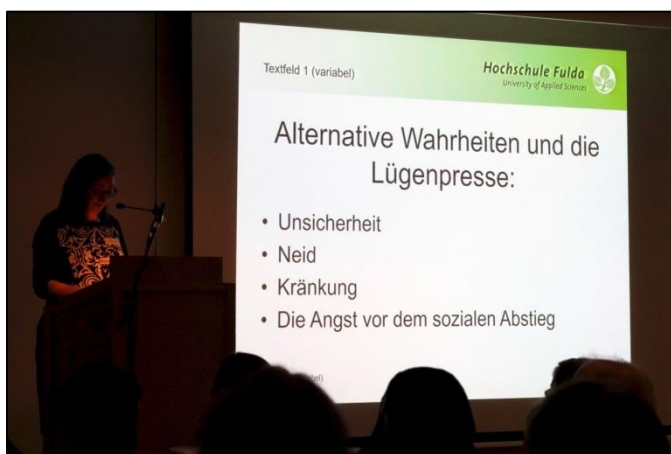
Interessen nicht wahrnimmt und sie nicht schützt, sondern ausverkauft und sich mit aus ihrer Sicht nebensächlichen Fragen wie Geschlechtergleichheit oder Anerkennung von Homosexualität befasst.

Es geht wesentlich also um Emotionen wie Neid, Kränkung wg. Bedeutungsverlust und Unsicherheit. Globalisierung und die zunehmenden Differenzierungen in der Gesellschaft werden als bedrohlich und fremd erlebt.

(Ich will hier nicht auf die politische Ebene gehen, auf der natürlich nach Antworten gesucht werden muss: Das wären – nur um es anzusprechen – Fragen der politischen Gestaltung Europas, den Folgen einer reinen Austeritätspolitik, etc. Da kann man ja durchaus unterschiedlicher Ansicht sein und das kann man auch rational und mit Argumenten diskutieren. Aber darum geht es hier nicht.)

Wirklich interessant wird der Prozess, den wir hier erleben, noch aus folgendem Grund:

b) Viele Behauptungen, Thesen und politische Positionen der oben genannten Personen, Parteien oder Bewegungen sind unwahr, sie basieren nicht auf tatsächlichen Analysen, sondern sind – man kann es nicht anders sagen – Lügen. Oder zumindest sind sie extrem vereinfachende Behauptungen über komplexe Zusammenhänge.



Bildnachweis: Medienkontor Fulda

Die so sich wie oben gesagt abgehängt fühlenden und verunsicherten Menschen wollen (irgendwann) die Unterscheidung von Fake news und Nachrichten nicht mehr wissen! Die alternativen News von Donald Trump werden weltweit mit Fassungslosigkeit betrachtet – schon in seinem Wahlkampf hat er Behauptungen aufgestellt, die unsinnig waren. Schon in dieser Phase wurde deutlich, dass seinen Anhängern und Wählern egal ist, ob es sich bei seinen Thesen um Fakten handelt

oder um einfach unwahre Behauptungen. Wie kann es

sein, dass große Teile der Bevölkerungen in Demokratien sich für diese Vereinfachungen oder Unwahrheiten entscheiden, obwohl sie darüber informiert werden, dass dies Fall ist? Meine These ist, es zeichnet sich immer wieder diese Haltung ab: „das ist eben eure Welt und eure Wahrheit, wir haben eine andere Welt, eine andere Weltsicht und Weltdeutung und die ist jetzt dran. Wir sind jetzt dran!“

Gleichzeitig müssen wir uns auch der Frage stellen, ob es nicht zunehmend Gruppen in der Bevölkerung gibt, die nicht die Mittel haben, um zwischen Fake news und Nachrichten zu unterscheiden. Das wären Bürger und Bürgerinnen, die ohne Zögern und Reflexion eine Nachricht aus einem Internetportal für bare Münze nehmen,

die nicht nachfragen, wer hat das gesagt. Sie fragen nicht danach, welche Interessen hier betroffen sind. Sie fragen nicht nach Hinweisen, ob diese Behauptung wirklich stimmt.

Aber letztlich zentral ist, jedenfalls ist das mein Eindruck, dass es den Menschen relativ gleichgültig ist, ob das sogenannte alternative Fakten sind oder nicht und ob die Presse wirklich „lügt“ ist oder nicht. Sie teilen das Gefühl, nicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können: sie sehen sich bedroht, befürchten ökonomischen Abstieg und gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit.

Diese Befürchtungen führen – so sehen wir das heute – wenn es von Demagogen geschickt genutzt wird, zum Ausstieg aus dem Konsens über gesellschaftliche Grundwerte und den Verzicht auf Diskurs, Diskussion und rationaler Debatte!

Was passiert hier? Womit haben wir es hier zu tun und was hat das mit Bildung zu tun?

2. Der Zusammenhang ist zunächst klar: Bildung ermöglicht berufliche Zukunft, Sicherung des Lebensunterhalts, damit ermöglicht sie Privatleben und ein erfülltes Leben.

Insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland ist dieser Zusammenhang zwischen Bildung und beruflichem Erfolg bzw. der Bedrohung von Arbeitslosigkeit im europäischen Vergleich sehr hoch:

„Bei einer Unterscheidung nach dem höchsten erreichten Bildungsstand waren laut Eurostat deutschlandweit im Jahr 2012 lediglich 2,4 Prozent der Erwerbsbevölkerung mit einem hohen Bildungsstand arbeitslos (Bildungsstand nach der Klassifikation ISCED – International Standard Classification



Bildnachweis: Medienkontor Fulda

of Education). Bei der Erwerbsbevölkerung mit einem mittleren Bildungsstand waren es im selben Jahr 5,4 Prozent. Schließlich lag die Arbeitslosenquote der Erwerbsbevölkerung mit niedrigem Bildungsstand bei 12,6 Prozent. Zudem ist Bildung in diesem Zusammenhang immer wichtiger geworden: Während das Risiko, von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein, bei einem niedrigen Bildungsstand im Jahr 1992 lediglich etwa doppelt so hoch war wie bei einem hohen Bildungsstand (Faktor 2,2), war es im Jahr 2012 gut fünfmal so hoch (Faktor 5,3).“ (Bundeszentrale für politische Bildung). Der Trend setzt sich fort!

Allerdings handelt es sich bei Anhängern von AfD und Pegida nicht nur um Menschen mit niedrigem Bildungsstand, sondern durchaus auch um Menschen, die gut ausgebildet sind, mehrheitlich einen Realschulabschluss haben, ein mittelständiges Einkommen, aber die Befürchtung haben, dass sie ihren



sozialen und ökonomischen Stand nicht halten können. Und wir wissen schon lange, dass die Kinder der Status ihrer Herkunftsfamilie nur halten können, wenn sie sich deutlich besser qualifizieren als ihre Eltern.

Hinzu kommt noch ein anderer spezifisch deutscher Zusammenhang:

Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland fast doppelt so hoch wie in westlichen Bundesländern!

Nur kurz etwas zur Arbeitslosigkeit in den ostdeutschen Bundesländern:

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland fällt regional höchst unterschiedlich aus. Dies gilt vor allem, wenn man zwischen den alten und neuen Bundesländern vergleicht. Seit der Wiedervereinigung sind die Arbeitslosenquoten in den neuen Ländern durchgängig doppelt so hoch wie in den alten Ländern. Diese Differenz hat sich trotz der vielfältigen Fördermaßnahmen für die neuen Bundesländer und der Abwanderungstendenzen der Erwerbsfähigen aus den neuen Bundesländern in die alten Bundesländer kaum verändert. So lag im Jahr 2005 die Arbeitslosenquote im Osten bei 20,6 % gegenüber 11,6 % im Westen. Zwar zeigt sich in den Jahren danach in beiden Landesteilen ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosenquoten; die Abstände jedoch verringern sich kaum: Der Arbeitslosenquote von 6,2% in den alten Bundesländern im Jahr 2016 steht eine Quote von 9,4% in den neuen Bundesländern gegenüber. Dennoch hat sich die Arbeitslosenquote seit 2005 sowohl im Westen als auch im Osten nahezu halbiert. (Allerdings beachten: spezifische Beschäftigungsverhältnisse, also nicht mehr klassische Vollzeitstellen mit Sozialversicherung.) (Aus [ww.sozialpolitik-aktuell.de](http://ww.sozialpolitik-aktuell.de), Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen abbIV35)

Der Wegzug von jungen Menschen, die Entvölkerung von ganzen Landstrichen, die damit einhergehende ökonomische Problematik der Kommunen und Regionen verstärken das Gefühl von „abgehängt sein“, von Kränkung, Aussichtslosigkeit und – was ich für ein ganz starkes und folgenreiches Gefühl halte – das Gefühl von Bedeutungslosigkeit!

### 3. Wie geht Demokratie? Konfliktbearbeitung als Integrationsmechanismus und der Umgang mit Differenz

Die oben beschriebene, so entstandene Situation der alternativen Wahrheit und des Ausstiegs aus Debatten nach gewissen Regeln – und ich glaube, das diese Einschätzung von vielen geteilt wird – ist tatsächlich historisch neu (seit dem Ende des Nationalsozialismus im Westen und dem Ende der DDR im östlichen Deutschland): Wir stellen uns alle die Frage, sind unser demokratischen Grundwerte in Gefahr? Ist der demokratische Konsens gefährdet?

Ich will kurz Demokratie hier theoretisch betrachten: es gibt konkurrierende Demokratietheorien. Die am wenigsten aufwändige Idee ist, dass Demokratien durch Wahlrecht funktionieren: ich kann wählen und kann –

unter bestimmten Bedingungen – auch gewählt werden. Dies, so hier die Idee, garantiert Teilnahme der Bürger und Bürgerinnen am Regierungsgeschäft.

Es gibt allerdings auch partizipative Demokratietheorien, in denen man davon ausgeht, dass Demokratien mehr brauchen als regelmäßige Wahlgänge: Die Lebendigkeit von Demokratien hängt davon ab, dass die in ihr lebenden Menschen, wichtige Themen und Fragen zu ihrem Leben in der Gesellschaft diskutieren, selbst Themen entwickeln, ihre Interessen formulieren und durch diese Teilhabe an den gesellschaftlichen Diskursen auch die Inhalte der Demokratie mitbestimmen. Da haben wir es: Demokratien brauchen Teilhabe, um lebendig zu sein und um Bindungskraft zu entwickeln.

Spätmoderne (oder postmoderne) Gesellschaften versagen schon lange bei der Produktion von Gewissheiten: religiöse Wahrheit – wird zu tatsächlicher Glaubensfrage und der Entscheidung dafür, zu glauben. Das ist



Bildnachweis: Medienkontor Fulda

auch gut so. Wir wollen keine Religionskriege mehr. Vielfalt als Erfahrung lässt nicht mehr zu, eine Ethnie oder Kultur oder Rasse oder eine Lebensform als die einzig wertvolle zu klassifizieren. Diskussion über Politiken, Konzepte und Entscheidungen ist der einzige Weg der Willensbildung, die Entscheidungen fallen am Ende im Konsens und Differenzen müssen ausgehalten werden:

Und das ist möglicherweise das Schwierigste für viele Menschen in Demokratien: spätmoderne Gesellschaften

haben sich fundamental differenziert in unterschiedlich gesellschaftliche Sphären, die relativ unabhängig von einander existieren und funktionieren. Diese Differenzierungen erzeugen eine ungeheure Komplexität von Abläufen, Regelungen und Zusammenhängen: Einfachheit generell, einfache Diagnosen und einfache Lösungen (wie „wir bauen eine Mauer“ oder „Deutschland den Deutschen“) ist das, was spätmoderne Gesellschaften am wenigsten bieten können.

Was uns bleibt, wenn all die Gewissheiten über das wahre, richtige und gute Leben nicht mehr existieren, ist die Auseinandersetzung über die Frage, wie wollen wir leben. Wir müssen also in den Konflikt gehen über Einschätzungen und Interessen. Und wir müssen diese dauernden Konflikte aushalten.

Dazu es dann Regeln für den Umgang mit Konflikten (gibt es natürlich schon z.B. Tarifrecht) und die müssen bei allen gut verankert werden.

Die Bewältigung von Konflikten führt dann zu einem gewissen gesellschaftlichen Konsens, der tatsächlich schwächer ist als die Gewissheiten. Nur dieser Konsens stellt die Basis für ein Zusammenleben dar. Spätmoderne Welten und Demokratien sind in gewisser Hinsicht fragil und können nur über die permanente Kommunikation stabil gehalten werden, indem sie immer wieder neue Konflikte aushalten, nach Regeln bearbeiten und zu einem Konsens finden. Das verlangt von den Menschen sehr viel!

#### 4. Partizipation und Teilhabe als Bedingungen für gelingende demokratische Prozesse: Methoden und Kompetenzen

Mein demokratiethoretisches Argument war, dass Demokratien nur lebendig sind, wenn die betroffenen sich an den Kommunikationsprozessen in der Gesellschaft beteiligen. Gerade politische und gesellschaftliche Öffentlichkeiten werden gebraucht, um Themen aus der Bevölkerung in die politische Sphäre zu bringen.

Partizipative Demokratiethorien haben schon den Begriff, um den es hier geht, im Titel: nämlich Partizipation. Partizipation läuft tatsächlich über Kommunikation und Diskurs und hat ein gewisses Maß an Bildung zur Voraussetzung. Unsere Gesellschaften können nur funktionieren und man kann nur an den Gütern dieser Gesellschaften teilhaben, wenn man die grundlegenden Zusammenhänge versteht und Bildung angesammelt hat, sowohl um eine berufliche Ausbildung absolvieren zu können als auch um an den Diskursen über politische Entscheidungen teilnehmen zu können.

Hier spreche ich Bildung in einem ganzheitlichen Sinn an im Wesentlichen gehören dazu, die Kompetenzen, unterscheiden zu können zwischen Fragen, die das Gemeinwohl betreffen und Fragen, die idiosynkratisch sind, also nur meine private Weltgestaltung betreffen. Diese Frage, nämlich die Frage danach, ob das Problem alle etwas angeht oder ob es sich nur um mein privates Interesse handelt, muss in spätmodernen Gesellschaften immer wieder verhandelt werden. Nicht nur die Subjekte müssen hier kompetent sein, auch die Institutionen der Gesellschaft die Institutionen der politischen Sphäre müssen kompetent und tolerant sein, diese Debatten immer wieder zu führen. Es gibt keine vorgängigen Gewissheiten darüber, was für das Gemeinwohl relevant ist und was nicht. Das Gemeinwohl wird generiert aus der Vielfalt der unterschiedlichen Interessen. Individuen brauchen also Kompetenzen, um an der Bewältigung von Konflikten mitzuwirken! Es reicht nicht, wenn die politischen und Bildungseliten Verhandlungen führen und zu Entscheidungen kommen. Ich habe hier Partizipation bisher auf einer sehr allgemeinen Ebene verwendet: Partizipation als Teilhabe an den Gütern der Gesellschaft: Arbeit, politische Entscheidungen, gesellschaftliche Bedeutung, ein privates Leben.

Ich will aber noch kurz den Begriff der Partizipation etwas schärfen und komme damit auf die Bedeutung eines Bildungsbüros, von Bildungsmanagement und Bildungsnetzwerken zu sprechen: Gerade vor dem Hintergrund von Globalisierung und Komplexität wird die Umsetzung von politischen Entscheidungen in der konkreten Lebenswelt in der Region und im Lokalen extrem wichtig: Die politische Entscheidung eines multinationalen Wirtschaftsabkommens wird biographisch erlebt als Angst um den Arbeitsplatz, als die Notwendigkeit zum Umzug und Neuanfang oder als Stärkung des bereits vorhanden Lebensplans.

Daher will ich etwas zu einem engeren Begriff von Partizipation sagen, der die Teilhabe an Entscheidung meint: Politische Entscheidungen, auch generell Entscheidungen, die die Lebenswelten von Menschen betreffen, müssen heute eingebettet werden in Prozesse der Beteiligung. Diese Beteiligungsprozesse müssen gestaltet werden:

Wenn wir Partizipation nur in Form von Diskussion in großer Runde verstehen, werden diejenigen von uns, die nicht so gut vor großen Gruppen sprechen können systematisch benachteiligt.

Wir brauchen Regeln der Partizipation: Wir müssen Formen finden, die nicht nur auf die sprachlichen Kompetenzen setzen, sondern die in geregelten Verfahren, im kleinen Kreis Ideen produzieren, an denen viele Personen beteiligt sind.

Partizipationsmethoden sind gefragt, die einzelnen, weniger stimmungswaltigen Individuen oder Gruppen ermöglichen, Interessen zu äußern. Wichtig ist hierbei – und da kommt wieder Bildung ins Spiel – viele Menschen brauchen Unterstützung darin, ihre Interessen zu formulieren. Wir sprechen in der Sozialen Arbeit vom Prozess der Hervorbringung der Interessen. Nur, wenn das gelingt, dann können diese Interessen nicht von Demagogen formuliert und instrumentalisiert werden. Ich meine damit, das, was viele von Ihnen bereits kennen, nämlich die Methodenvielfalt der Großgruppenverfahren wie Zukunftswerkstätten, Projektwerkstätten, Planzellen und vieles mehr.



Bildnachweis: Medienkontor Fulda

An der Beteiligung der Bevölkerung führt kein Weg mehr vorbei. Bildungsprozesse müssen diese Beteiligung auch ermöglichen und die Subjekte ausstatten mit den Kompetenzen, an den Entscheidungen und am gesellschaftlichen Diskurs teilzunehmen.

Damit ist mehr als nur Schulbildung gemeint. (Womit ich nicht sagen will, dass Schulbildung nicht zentral ist). Damit ist auch gemeint, den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder Angebote auf allen gesellschaftlichen



Ebenen in allen gesellschaftlichen Sphären zu machen, ihre Interessen hervorzubringen, Interessen zu formulieren und Orte zu finden, an denen diese Interessen verhandelt und umgesetzt werden können.

#### 5. Bildung als Prozess: Vernetzung, Begleitung, Anregung

Zu Schluss will ich noch einmal ganz konkret werden. Z.B. Jugendliche: oft gelingt Schulkarriere nicht gut, dafür gibt es viele Gründe. Es kann zu wenig Bildung in der Familie vorhanden sein, so dass die Kinder nicht genug Unterstützung erfahren oder es kann auch zu viel Bildung in der Familie sein, so dass der Druck für die Kinder zu groß wird. In den Sozialwissenschaften ist dies leider immer so: Wir wissen wir nicht, wie genau die Zusammenhänge sind, sie können immer nur in vielen Studien rekonstruiert werden, daraus können wir dann generalisierende Schlüsse ziehen. So wir wissen insbesondere das: es ist extrem wichtig, viele Wege zur Bildung zu schaffen. Wir müssen Gelegenheiten schaffen, an den biographischen Schnittstellen Bildungsangebote bereitzuhalten und Interessen an Bildung zu fördern. Wir können Bildung dann gut unterbringen, wenn die Individuen bereit dazu sind.

Zentral sind – das wissen wir aus der Forschung – biographische Übergänge: Einschulung, Übergang in weiterführende Schulen, Berufsausbildungseinstieg. Ich erwähne noch einmal, was ich oben schon gesagt habe, nämlich dass insbesondere in Deutschland die Bildungsferne der Herkunftsfamilie eine sehr große Rolle spielt beim Bildungserfolg der Kinder! Es gelingt bisher nicht, diesen Zusammenhang aufzubrechen. Unser Bildungssystem verlangt von den Eltern zu viele Ressourcen mit denen sie den Bildungserfolg ihrer Kinder unterstützen müssen. Ressourcen, die manche eben nicht haben. Und hier müssen Bildungsinstitutionen bereitgehalten werden, die anders aufgestellt sind als Schulen!

Zuletzt möchte ich noch etwas zur Integration von Migrantinnen und Migranten und von Flüchtlingen sagen: nur über Bildung im breitesten Sinn, nämlich Sprache, Kultur, Kompetenz ist Integration möglich. Integration in die Gesellschaft basiert kurz gesprochen auf der Integration in den Arbeitsmarkt, dort sind Migrantinnen und Migranten deutlich unterrepräsentiert. Dies gilt auf für Bildungsinstitutionen, z.B. Hochschulen, hier haben nur 2,5 % der Studierenden einen ausländischen Pass (DJI, Kathrin Ramsauer 2011). Wir haben hier als Gründe durchaus eine schulstrukturelle Diskriminierung wie Vorurteile durch Lehrerinnen und Lehrer etc. einerseits aber auch extrem geringere Ressourcen in den Familien andererseits: In Migrantenfamilien fehlen oft Kenntnisse über Bildungssysteme, es wird nicht ausreichend Deutsch gesprochen, die soziale – ein außerordentlich wichtiger Faktor – Vernetzung ist gering, es existiert zu wenig soziales und kulturelles Kapital. Obwohl gerade in Migrantenfamilien oftmals Bildung als hohes Ziel genannt wird, gelingt es nicht, dieses Ziel

umzusetzen. Wir bieten hier nicht genug professionelle Hilfe. Dies gilt natürlich auch für Menschen ohne Migrationshintergrund, die in bildungsfernen Familien leben.

Wir sollten uns fragen, ob eine Gesellschaft diese stabile Ungerechtigkeit, nämlich die Tradierung von Bildungsferne und die damit verknüpften Folgen für Erwerbstätigkeit und Lebensperspektiven dauerhaft verkraften kann?

Einerseits läuft die Integration in Gesellschaft, also an Lebenschancen teilzuhaben über die Integration in den Arbeitsmarkt, so habe ich eben argumentiert. Hierfür ist Berufsbildung nötig. Aber auch die Integration in kulturelle Deutungsmuster ist von hoher Bedeutung – sonst entstehen Parallelwelten. Wesentlich ist hier – und ich möchte mein Argument von Konfliktregelung als Basis demokratischer Gesellschaften wiederaufnehmen – die Integration von Migrantinnen und Migranten in kulturelle Deutungsmuster, die die Mechanismen der Konfliktbearbeitung betreffen. Auch dies ist ein Medium der Integration.



Bildnachweis: Medienkontor Fulda

Diese soziokulturelle Integration ist biographisch an die Erfahrung von Bedeutsamkeit und Wertschätzung gebunden: Hier will ich kurz die neuen Diskussionen um den zunehmenden Einfluss von Gruppierungen wie den IS auf immer jünger werdenden Jugendliche erwähnen. Dabei zeigt sich, dass es nicht immer gerade geflüchtete Menschen sind, sondern Jugendliche der zweiten Generation, die besonders anfällig sind. Dies hat ganz sicher etwas mit der Thematik der Adoleszenz zu tun.

Das adoleszente Ringen um Bedeutung und der starke

Wunsch, wichtig zu sein und etwas wollen zu dürfen werden überlagert von einem starken Gefühl von Exklusion. Gerade hier ist die Vernetzung von Hilfsangeboten und Bildungsprogrammen dringend notwendig, um jungen Menschen aus der Sackgasse von missglückten Schulkarrieren herauszuholen.

Diese Ideen des lebenslangen Lernens und die Integration in kulturelle Deutungsmuster von Demokratien wie Auseinandersetzung um Inhalte, der Umgang mit Differenz, das Aushalten von Verschiedenheit und die Kompetenzen hinsichtlich des Medium Konfliktbearbeitung – ist gebunden an die Einbettung in Teilhabeprozesse. Diese Teilhabeprozesse müssen behutsam umgesetzt werden. Denn sie verlangen von den Menschen sehr viel: Frustrationstoleranz; Kräfte, sich immer wieder sich zu öffnen für Neues; den Verzicht auf das Gefühl, endlich on the top und fertig zu sein.

Differenz und Diversität, Anderssein und eigenen Perspektiven zu haben, sind für die Mitglieder der Majoritätsgesellschaft nicht immer leicht auszuhalten – insbesondere dann, wenn man sich selbst in all seiner Normalität von sozialem und ökonomischen Abstieg bedroht fühlt.

Die Angebote an Bildung und Lernende zum konstruktiven Umgang mit Differenz und Verschiedenartigkeit müssen daher auf vielen Ebenen ansetzen, müssen selbst vielfältig und differenziert sein, sie können nicht mehr nach einer Vorlage für alle durchgeführt werden – sie müssen quasi individualisiert werden. Das verlangt Personal!

Fazit: Bildungsprozesse vernetzen, wertschätzend und vielfältig!

Zum Schluss möchte ich den Kreis schließen: Menschen, die sich ungehört, unbeachtet und entwertet fühlen, erleben sich als Menschen 2. Klasse. Das macht sie anfällig für starre Vorgaben, einfache Diagnosen und einfache, gerne auch gewaltvolle Lösungen!

Bildungsprozesse, die vom Konzept des lebenslangen Lernens ausgehen, müssen immer wieder Chancen zum Lernen anbieten, die auch angenommen werden können. Die verschiedenen Bildungsangebote müssen voneinander wissen und sich aufeinander beziehen können. Wir brauchen Lernformen und Bildungsformen, die jenseits von den großen Bildungseinrichtungen wie Schulen und Hochschulen, angesiedelt sind, also quasi in der Lebenswelt der Subjekte, sie müssen Spaß machen und den Erfolg und das Ergebnis direkt spürbar werden lassen. Denn wir müssen uns auch darüber klar sein, dass die Vision des lebenslangen Lernens von den Subjekten auch viel verlangt an Engagement, Selbstkritik und Entwicklungsfähigkeit. Bildung, lebenslanges Lernen, Kompetenz und Kritikfähigkeit dürfen nicht als Bedrohung und Überforderung wirken, sondern müssen so gebaut sein, dass sie von den Menschen auch gern angenommen werden.

*Nachweise:*

*Redaktion: Matthias Feuerstein*

*Fachvortrag „Bildung ermöglicht Teilhabe: für eine Demokratie mit Zukunft!“ Prof. Dr. habil. Martina Ritter*

*Bildnachweise: Carina Jirsch, medienkontor fulda*